

**Title:**

Bericht über die Lage der belarussischen Kriegsdienstverweigerer und Wehrdienstverweigerer in Litauen

**Autor:**

Internationales Zentrum für Bürgerinitiativen "Unser Haus" (Nash Dom), Belarus & Litauen

**Mit Unterstützung der**

International Fellowship of Reconciliation – Austria

European Bureau for Conscientious Objection

Federation for Social Defence, Germany

Connection e.V.

War Resisters' International

The International Peace Bureau (IPB)

Vilnius, im August 2023

# Inhaltsübersicht

Zusammenfassung	3
1. Verfolgung von Aktivist*innen und Diskriminierung von Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen	4
2. "Nationale Sicherheitspanik" durch die Anwesenheit belarussischer Migrant*innen in Litauen	8
a. Diskriminierende Gesetze gegen belarussische und russische Bürger*innen in Litauen unter dem Deckmantel des "Schutzes der nationalen Sicherheit"	9
b. Hasstiraden und negative Äußerungen des litauischen Präsidenten Gitanas Nausėda gegenüber Belaruss*innen in Litauen	11
Empfehlungen	14
Mehr Informationen	14
Referenzen	15

## Zusammenfassung

Die massenhaften Zurückweisungen nichteuropäischer Migrant\*innen an der belarussischen Grenze seit 2021 sind ein Beispiel für eine allgemeine Aushöhlung des Asylrechts, des Refoulement-Verbots und der rechtsstaatlichen Grundsätze in Litauen nach 2022. Nach der Razzia 2020 reisten Belaruss\*innen mit humanitären Visa nach Litauen ein, um sich in Sicherheit zu bringen. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine änderte sich die Behandlung der belarussischen Exilant\*innen durch Litauen. Zuerst als Regimegegner\*innen wahrgenommen, wurden sie zu einer Sicherheitsbedrohung.

Anfang 2023 suchten rund 48.804 Belaruss\*innen aufgrund der Proteste von 2020 <sup>1, 2</sup> (1, 2) und des Krieges Zuflucht in Litauen, und bis Juli 2023 hielten sich rund 55.000 dort auf <sup>3, 4</sup> (3, 4). Mehr als 1.165 Belaruss\*innen wurden innerhalb von sechs Monaten als "Bedrohung für die nationale Sicherheit" eingestuft, häufig aufgrund ihres früheren Armeedienstes oder des Besuchs einer Kadettenakademie, ohne dass konkrete Anschuldigungen vorlagen. <sup>5, 6</sup> (5, 6)

Die Zahl der Ablehnungen von Anträgen auf Aufenthaltsgenehmigung für Belaruss\*innen stieg sprunghaft an, vor allem im Vergleich zu anderen Staatsangehörigen wie Russ\*innen, von denen etwa 300 abgelehnt wurden <sup>7, 8</sup> (7, 8). Belaruss\*innen, die einst unterstützt wurden, werden jetzt hart behandelt. Die ukrainische Regisseurin des Films Mariupol-2, Anna Bilobrova (ihr Verlobter Mantas Kvedaravičius wurde in der Ukraine getötet), weist auf willkürliche Ausweisungen und Sicherheitsetikettierungen gegenüber Belaruss\*innen in Litauen hin. "Vor drei Jahren unterstützte Litauen diejenigen, die gegen das belarussische Regime kämpften, aber jetzt behandelt es diese Menschen als Terrorist\*innen", so Bilobrova <sup>8</sup> (8). Unter dem Vorwand der "nationalen Sicherheit" werden auch belarussische Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen verfolgt und Asylanträge abgelehnt. Inhaftierungen, eingeschränkter Rechtsbeistand und Rechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Menschenrechtsverletzungen betreffen belarussische Verweigerer und Menschenrechtsverteidiger\*innen, die sowohl von belarussischen/russischen als auch litauischen Behörden angegriffen werden.

Weil sie sich unsicher fühlen, suchen Belaruss\*innen Zuflucht, finden sie aber nicht mehr in Litauen.

# 1. Verfolgung von Aktivist\*innen und Diskriminierung von Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen

## Verfolgung von Aktivist\*innen und Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern und Wehrdienstleistenden

Zu den Verstößen gegen die Einwanderungsgesetze können gehören: massenhafte/willkürliche Einstufung als Persona non grata, Ausweisung, Abschiebung, Inhaftierung, Willkür - kein Zugang zur Rechtsstaatlichkeit, Verletzung des Habeas Corpus oder Rechtsmittel. Es gibt mehrere gemeinsame Merkmale, die alle Fälle von Verletzungen der Rechte von belarussischen Kriegsdienstverweigerern in Litauen kennzeichnen:

1. Die Einstufung von belarussischen Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen, die über frühere Militärdienst- oder Kadettenschulerfahrung verfügen (es sei darauf hingewiesen, dass die Entscheidung, die Kadettenschule zu besuchen, von den Eltern und nicht von minderjährigen Kindern getroffen wurde), als Personen, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Litauens darstellen, hat schwerwiegende Auswirkungen. [9](#), [10](#), [11](#), [12](#) ([9](#), [10](#), [11](#), [12](#)) Diese Kriegsdienstverweigerer unterliegen automatisch einem fünfjährigen Einreiseverbot in alle Länder der Europäischen Union. Diese restriktive Politik lässt ihnen keine Möglichkeit, in anderen EU-Ländern Zuflucht zu suchen, um dem Risiko zu entgehen, mobilisiert und in den Krieg in der Ukraine geschickt zu werden (wenn die belarussische Armee in die Ukraine entsandt wird). Es ist wesentlich anzuerkennen, dass diese belarussischen Kriegsdienstverweigerer mit früherer Militärdienst Erfahrung sich bereits in einer prekären Lage befinden. Die litauische Staatspolitik verschlimmert jedoch ihre Gefährdung, sodass sie praktisch als Geiseln des belarussischen Regimes gefangen sind und Gefahr laufen, für Propagandazwecke missbraucht zu werden.
2. Eine "Bedrohung der nationalen Sicherheit Litauens" ist die einzige Kategorie in der litauischen Gesetzgebung, bei der die Ausweisung **sofort** erfolgt, ohne dass die Person das Recht hat, Berufung einzulegen und ihren guten Namen und Ruf zu verteidigen. Wir glauben, dass ein solcher Artikel absichtlich angewandt wird, um belarussische Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen ihres Rechts auf Schutz in Litauen zu berauben. Die Praxis hat gezeigt, dass, wenn ein Belaruse abgeschoben wird und keine

Gründe für seinen Aufenthalt in Litauen vorbringen kann, die Chancen, sich zu verteidigen und einen Prozess gegen das Ministerium für nationale Sicherheit zu gewinnen, gegen Null gehen. Daher wird der Entzug des Rechts auf Verteidigung im Falle einer Abschiebung für belarussische Kriegsdienstverweigerer zu einer staatlichen Politik, die verhindern soll, dass belarussische Kriegsdienstverweigerer mit früherem Militärdienst die Absurdität der gegen sie erhobenen Anschuldigungen beweisen können.

3. Aus den von Unser Haus geführten Gerichtsverfahren geht hervor, dass die Einstufung von belarussischen Kriegsdienstverweigerern mit früherer Militärdienst Erfahrung als "Bedrohung für die nationale Sicherheit Litauens" präventiven Charakter hat. Mit anderen Worten, das Ministerium für nationale Sicherheit erkennt an, dass diese Personen derzeit keine Bedrohung für Litauen darstellen, aber "in Zukunft eine Bedrohung werden könnten". Diese rechtliche Annahme ist sinnwidrig, wenn gegen Personen, die keine rechtswidrigen Handlungen begangen haben, sehr harte Sanktionen verhängt werden - ihnen wird die Beschäftigung entzogen, die Aufenthaltsgenehmigung entzogen, sie werden des Landes verwiesen und mit einem Einreiseverbot in alle EU-Länder belegt - und das alles auf der Grundlage der Annahme, dass sie in Zukunft zu einer Bedrohung werden könnten. Dies wirft auch ein Schlaglicht auf die juristische Inkompetenz bestimmter litauischer Institutionen und deutet auf eine Aushöhlung des litauischen Rechtssystems hin, auf die unverzüglich reagiert werden muss.
4. Wenn ein belarussischer Kriegsdienstverweigerer versucht, seine Rechte selbst zu verteidigen, sind die Chancen, dass er sie selbst verteidigen kann, ebenfalls nahe Null. Das liegt vor allem an den fehlenden finanziellen Mitteln, um sich Anwälte zu nehmen, den unzureichenden Kenntnissen der litauischen Sprache, die für eine wirksame Selbstverteidigung erforderlich sind, und dem Mangel an juristischem Fachwissen, um sich in dem komplizierten System zurechtzufinden. Darüber hinaus wird die Situation durch die zunehmende Fremdenfeindlichkeit gegenüber Belaruss\*innen in Litauen, die durch Hassreden hochrangiger litauischer Politiker\*innen in den litauischen Medien geschürt wird, noch schwieriger.
5. Es bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Behandlung von belarussischen Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen, gegen die ermittelt wird oder die

verhaftet wurden. Ein alarmierendes Problem ist der stark eingeschränkte Zugang dieser Personen zu Besuchen ihrer Verwandten, Freund\*innen und Rechtsvertreter\*innen (Anwält\*innen), selbst wenn solche Besuche offiziell erlaubt sind. Der Fall von Ivan Strashkevich ist dafür ein schmerzliches Beispiel. Darüber hinaus gab es Fälle, in denen wichtige Dokumente auf mysteriöse Weise aus den Fällen "verschwunden" sind, was Anlass zu ernster Besorgnis über solche Praktiken gibt. Ebenso besorgniserregend ist die Ungewissheit über den Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung für belarussische Kriegsdienstverweigerer, die derzeit in Litauen inhaftiert sind.

6. Da auf den Listen der Bedrohungen für die nationale Sicherheit Litauens auch ehemalige Polizeibeamte aus Belarus aufgeführt sind, muss unbedingt klargestellt werden, dass sie nicht unter die Kategorie der belarussischen Kriegsdienstverweigerer fallen. Außerdem ist die Abschiebung für sie kein so heikles Thema, da sie nach belarussischem Recht nicht zur Armee eingezogen werden können. Wir haben das Schicksal mehrerer ehemaliger Polizeiangestellter verfolgt, die aus Litauen abgeschoben wurden, und alle sind nach Russland gegangen.
7. Bislang wurde keinem belarussischen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, nicht einmal einem Deserteur (auf Desertion steht in Belarus die Todesstrafe<sup>13</sup> (13)), der Status eines politischen Flüchtlings zuerkannt, ungeachtet bestätigter Nachweise ihrer Beteiligung an den Protesten von 2020. Belaruss\*innen in Litauen befinden sich in einem unsicheren Status, da ihnen die Abschiebung nach Belarus droht, wo sie gefoltert und für längere Zeit inhaftiert werden könnten. Diese Situation hat erhebliche Auswirkungen auf das psychische Wohlbefinden von Verweigerern und lässt sie in einem Zustand der Depression und Verzweiflung zurück. Mindestens zwei von ihnen haben Unserem Haus berichtet, dass sie aufgrund dieser Situation Selbstmordgedanken hegen.
8. Alle belarussischen Kriegsdienstverweigerer in Litauen haben aufgrund ihres Engagements für die Wahrheit und ihres Widerwillens, wie Vaclav Havel einmal sagte, *in einer Lüge zu leben*, Härten erlitten. Obwohl sie die Möglichkeit hatten, die litauischen Migrationsbehörden zu täuschen und ihren militärischen Hintergrund zu verbergen, wählten sie stattdessen den Weg der Ehrlichkeit gegenüber Litauen, und für diese prinzipielle Haltung haben sie gelitten.

9. Männer mit Militärdienst-Erfahrung in Belarus, die an den belarussischen Protesten von 2020 teilgenommen haben, werden von Alexander Lukaschenko und allen Machtstrukturen als persönliche Feinde und Verräter wahrgenommen. Die belarussischen Machtstrukturen bezeichnen sie als "Ratten", und wenn sie dem Regime in die Hände fallen, sind die Folter, der Missbrauch und die Demütigung dieser "ehemaligen" Militärangehörigen, die ein friedliches Leben beginnen oder fortsetzen wollen, sogar weitaus schwerwiegender und ausgeklügelter als die Folter, die gegen politische Gefangene angewandt wird und die, wie wir uns erinnern, zum Tod mehrerer politischer Gefangener geführt hat. Ehemalige Militärangehörige sind einem größeren Risiko ausgesetzt, im so genannten "Schwitzkasten" zu landen - einer Gefängniszelle, in der spezielle Insassen kollektive Vergewaltigungen und Folterungen an denjenigen vornehmen, die von der Gefängnisverwaltung dort untergebracht wurden. Diese Insassen der "Schwitzkästen" werden sofort getötet, wenn sie in normale Zellen verlegt werden, da sie unter den Gefangenen einen sehr schlechten Ruf haben. In den "Schwitzkästen" werden gewöhnliche Häftlinge ununterbrochen vergewaltigt und geschlagen, meist tagelang. Wenn die Gefängnisverwaltung jemanden aus dem Schwitzkasten holt, sind die Menschen psychisch gebrochen, insbesondere nach den sexuellen Übergriffen, und es ist unwahrscheinlich, dass sie sich davon erholen. Belarussische Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, die in der Vergangenheit Militärdienst geleistet haben, dem Risiko auszusetzen, in einem solchen "Schwitzkasten" zu enden, ist unmenschlich und steht im Widerspruch zu den Menschenrechten.
10. Wir sind der Auffassung, dass die weit verbreitete Anwendung des Artikels "Bedrohung der nationalen Sicherheit" in Litauen gegen Personen, die keine Bedrohung darstellen, das gesamte europäische Sicherheitssystem zusätzlich belastet, einschließlich einer Zunahme der Zahl illegaler Migrant\*innen innerhalb der Europäischen Union. Außerdem geht sie mit politischen Manipulationen einher, die sofort gestoppt werden müssen.

## **2. "Nationale Sicherheitspanik" durch die Anwesenheit belarussischer Migrant\*innen in Litauen**

Ankündigung einer "Kriegsvorbereitungskampagne" durch den Innenminister der Republik Litauen - Agnė Bilotaitė, und Angstmacherei in der litauischen Gesellschaft: Am 10. Januar 2023 startete der litauische Innenminister unter dem Basketball-Motto eine Kampagne zur Vorbereitung auf Krieg, Atomkatastrophen und andere Ereignisse mit dem Titel: "Wir sind ein Team. Wir haben einen Plan" <sup>14</sup> (14), die in der litauischen Gesellschaft unter dem Deckmantel der Vorbereitung auf einen Krieg in Litauen zu Angstmacherei und fremdenfeindlichen Stimmungen führte. In Wirklichkeit handelte es sich um die Ankündigung einer Kampagne des Innenministeriums, die darauf abzielt, die Belaruss\*innen aus Litauen zu vertreiben. Die Informationskampagne soll eine Million Menschen in dem 2,801 Millionen Einwohner\*innen zählenden Land erreichen, was derzeit die Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung ausmacht.

Nach Ansicht des Innenministers sollte die Informationskampagne zur Vorbereitung auf den Krieg dazu führen, dass die Menschen eine Überlebens Tasche packen und einen Plan haben, was sie tun müssen, um sich und ihre Familie zu schützen. "Jetzt sind die Leute interessiert und fragen, ob es in ihrer Nähe einen Schutzraum gibt. Sie interessieren sich dafür, wie man eine Überlebens Tasche packt und welchen Plan sie brauchen, um sich und ihre Familie zu schützen", sagte Bilotaitė. Der Innenminister zeigte sich empört darüber, dass "nur ein Fünftel Überlebens Taschen vorbereitet hat und nur ein Zehntel einen Familienplan hat und weiß, was zu tun ist".

Seit Januar 2023 werden die Spannungen in den litauischen Medien angeheizt, und litauische Politiker\*innen begannen, Hassausdrücke gegenüber den Belaruss\*innen in Litauen zu verwenden. Die Situation hat besonders starke Auswirkungen auf die belarussischen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen.

Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass die Innenministerin Litauens, Agnė Bilotaitė, den Begriff der "Bedrohung der nationalen Sicherheit Litauens" nicht nur in Bezug auf die belarussischen Bürger\*innen aktiv manipuliert.

Am 28. Juli 2023 wandte sich die Innenministerin an den Präsidenten Litauens, Gitanas Nausėda, mit der Bitte, eine Entscheidung zu treffen, um der russischen Eistanzerin Margarita Drobiazko, die Litauen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vertritt, die litauische Staatsbürgerschaft



zu entziehen. Die Ministerin ist der Ansicht, dass Frau Drobiazko die Handlungen Russlands nicht aktiv genug verurteilt hat, weil sie mit Tatiana Navka, der Ehefrau von Dmitri Peskow, befreundet ist und in einer von Tatiana Navka organisierten Show aufgetreten ist. Nach Ansicht der Innenministerin können diese Handlungen von Frau Drobiazko als "Bedrohung der Sicherheitsinteressen Litauens oder seiner Verbündeten und damit als Schädigung des Ansehens des Landes" bezeichnet werden<sup>15</sup> (15).

Am 21. Juni 2023 wandten sich einige litauische Abgeordnete an das Innenministerium mit dem Antrag, Frau Drobiazko die litauische Staatsbürgerschaft zu entziehen<sup>16</sup> (16).

#### **a. Diskriminierende Gesetze gegen belarussische und russische Bürger\*innen in Litauen unter dem Deckmantel des "Schutzes der nationalen Sicherheit":**

Ende März 2023 tauchte im litauischen Parlament ein Gesetzentwurf auf, der darauf abzielte, die Annahme von Anträgen auf Erteilung der litauischen Staatsbürgerschaft von Bürger\*innen aus Russland und Belarus auszusetzen, bereits eingereichte Anträge zu prüfen sowie die Einreise von Bürger\*innen aus Russland und Belarus in das Land zu verbieten, den Erwerb von Immobilien zu verbieten, die Verwendung der elektronischen Signatur zu untersagen und eine Reihe weiterer Einschränkungen aufzuerlegen. Der besagte Gesetzentwurf mit der Nummer **XIV-1868**, der im Volksmund den Spitznamen "Kasčiūnas-Gesetz" trägt, wurde in Wirklichkeit von drei Strukturen vorangetrieben: dem Ausschuss für nationale Sicherheit und Verteidigung des litauischen Parlaments unter dem Vorsitz des Konservativen Laurynas Kasčiūnas, dem Innenministerium unter dem Vorsitz der Konservativen Agnė Bilotaitė und dem Außenministerium unter dem Vorsitz des Konservativen Gabrielius Landsbergis.

Der öffentlich aktivste Initiator des Gesetzentwurfs war **Laurynas Kasčiūnas**, Mitglied der konservativen Homeland Union. Ihm zufolge ist "der grundlegende Bezugspunkt, dass wir die nationale Sicherheit Litauens an die erste Stelle setzen sollten".<sup>17</sup> (17).

Unmittelbar danach wurden die Maßnahmen gegen Belaruss\*innen deutlich verschärft. In diesem Jahr ist die Zahl der verweigerten Aufenthaltsgenehmigungen um mehr als das Zehnfache gestiegen, wie aus den Daten der Migrationsbehörde hervorgeht. Nach Informationen der litauischen Presse handelt es sich bei den meisten Personen, denen die Aufenthaltsgenehmigung verweigert wurde, um belarussische Staatsbürger\*innen.

Ursprünglich enthielt das Kasčiūnas-Gesetz ähnliche diskriminierende Bestimmungen sowohl für belarussische als auch für russische Bürger\*innen, von denen sich die meisten in Litauen vor den Repressionen in Russland und Belarus verstecken. Nach einem riesigen Aufschrei der Empörung wurde das Gesetz dann in Bezug auf Belaruss\*innen abgeschwächt, aber eine Reihe diskriminierender Bestimmungen blieb bestehen. [18, 19](#) ([18](#), [19](#))

Der litauische Präsident legte sein Veto gegen das Gesetz ein und erklärte, dass dieselben Maßnahmen auch für Belaruss\*innen gelten sollten, da nach dem offiziellen Standpunkt Litauens Russland und Belarus gleichermaßen für die Invasion in die Ukraine verantwortlich sind. Das Parlament hat sein Veto fast einstimmig überstimmt.

Daraufhin wurde der Gesetzentwurf entschärft und strittige Bestimmungen, die den Zugang zur Staatsbürgerschaft sowohl für russische als auch für belarussische Bürger\*innen erschweren, wurden gestrichen. Nun ist es russischen Staatsbürger\*innen weiterhin untersagt, Eigentum an Immobilien zu erwerben oder ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern, wenn dies ohne Vermittlung des Außenministeriums geschieht - eine Bestimmung, die für Belaruss\*innen nicht gilt. Dennoch bleiben Visa sowohl für belarussische als auch für russische Staatsbürger\*innen unzugänglich, wenn sie ohne Beteiligung litauischer Diplomaten\*innen beantragt werden, was bedeutet, dass Visa für belarussische Bürger\*innen praktisch unzugänglich sind, einschließlich enger Verwandter unterdrückter Belaruss\*innen, die in Litauen politisches Asyl erhalten haben und ihrer Familie zusammenführen möchten.

"Ich bin nach Litauen gezogen, weil sie [*die litauische Regierung*] gesagt haben, es sei ein sicherer Ort für Belaruss\*innen. Hätten sie das nicht gesagt, hätte ich ein anderes Land gewählt", sagte Sviatlana Kubrak, eine 21-jährige belarussische Journalistin aus Vilnius. "Die Werte, die sie früher verkündet haben, haben sich als unaufrichtig herausgestellt. Sie haben meine Auffassung seit 2020 geändert", fügte sie hinzu. [17](#) ([17](#)) Eine große Anzahl von Belaruss\*innen in Litauen teilt ihre Meinung, da sie sich aufgrund der aktuellen Situation entmutigt fühlen.

Am 21. April 2023 überstimmt der Seimas das Veto von Präsident Nausėda, doch das tat der Sprache des Hasses in den litauischen Medien keinen Abbruch. Auch das diskriminierende Gesetz wurde (wenn auch in abgeschwächter Form) verabschiedet. Die litauischen Medien reagierten darauf mit der Überschrift "Seimas überstimmt das Veto des Präsidenten - Sanktionen für Russen und Belarussen in Litauen werden unterschiedlich sein". Zur Erinnerung: Es geht um Sanktionen

gegen jene Belaruss\*innen und Russ\*innen, die vor kriminellen Regimen nach Litauen geflohen sind.<sup>20</sup> (20)

Nach dem endgültig verabschiedeten litauischen Gesetzentwurf über restriktive Maßnahmen im Zusammenhang mit der militärischen Aggression gegen die Ukraine werden vom 2. Mai 2023 bis zum 3. Mai 2024 die Möglichkeiten für russische und belarussische Staatsbürger\*innen eingeschränkt, litauische Visa zu erhalten und den Status eines elektronischen Wohnsitzes zu bekommen. Darüber hinaus wird auch die Einfuhr ukrainischer Griwna verboten.

Russische Staatsbürger\*innen werden bei der Einreise nach Litauen und beim Erwerb von Immobilien auf zusätzliche Schwierigkeiten stoßen, und ihre Anträge auf eine litauische Aufenthaltsgenehmigung werden vorübergehend nicht akzeptiert.

Mit dem verabschiedeten Gesetzentwurf wird die Entgegennahme von Visumanträgen russischer und belarussischer Staatsbürger\*innen ausgesetzt, außer in den Fällen, in denen das litauische Außenministerium als Vermittler für die Visumerteilung fungiert, sodass es für Belaruss\*innen unmöglich ist, ein Visum zu erhalten<sup>20</sup> (20).

### **b. Hasstiraden und negative Äußerungen des litauischen Präsidenten Gitanas Nausėda gegenüber Belaruss\*innen in Litauen:**

Am 28. März 2023 erklärte der Berater von Nausėda die Position des litauischen Präsidenten: "Wir können es uns nicht leisten, politisch zwischen Russland und Belarus zu unterscheiden und zu sagen, dass der eine Staat aggressiver ist als der andere, oder ein anderes schlechtes Signal an die Welt zu senden.

Am 14. April 2023 legte der Präsident Litauens, Gitanas Nausėda, sein Veto gegen das Gesetz ein, das der Seimas eine Woche vor den nationalen Sanktionen gegen russische und belarussische Bürger\*innen verabschiedet hatte. Das Staatsoberhaupt schlug den Parlamentarier\*innen vor, an einer einheitlichen Position festzuhalten und die rechtlichen Einschränkungen für Russ\*innen und Belaruss\*innen gleich zu gestalten.

Am 21. April 2023 stellte Nausėda fest: "Die Außenpolitik Litauens basiert auf dem Prinzip, dass sowohl Russland als auch Belarus Aggressoren sind und die gleiche Verantwortung für die Schrecken in der Ukraine tragen". "Daher erscheint es mir widersprüchlich, dass wir, wenn wir

über mögliche Sanktionen gegen Bürger und Menschen sprechen, auf diese beiden Länder hinweisen und sagen, dass ein Land zu 100 Prozent bestraft werden muss, während das andere nur eingeschränkt bestraft werden darf", sagte der litauische Präsident.

In Wirklichkeit spricht Nauseda von Sanktionen gegen Belaruss\*innen, die vor dem belarussischen Regime nach Litauen fliehen, aber er setzt die Mitwirkenden der belarussischen Demokratiebewegung unablässig mit dem Regime von Lukaschenka gleich. <sup>21</sup> (21)

Seit März 2023 hat Nauseda immer wieder vorgeschlagen, die Sanktionen und die Diskriminierung von Belaruss\*innen und Russ\*innen in Litauen zu vereinheitlichen und das diskriminierende Gesetz zu verschärfen.

Am 25. Juni 2023 fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Litauen, Gitanas Nauseda, eine Sitzung des Staatsverteidigungsrates statt, um die Unruhen in Russland und ihre Folgen für die nationale Sicherheit Litauens zu erörtern. Nauseda rief dazu auf, die Kontrollen der Belaruss\*innen zu verstärken und auf den bereits gemachten Vorschlag zurückzukommen, das Verfahren der individuellen zusätzlichen Überprüfung nicht nur den russischen, sondern auch der belarussischen Bürger\*innen aufzuerlegen. <sup>22, 23</sup> (22, 23)

Am 4. Juli 2023 gab der Präsident Litauens, Gintanas Nauseda, eine Erklärung über die Notwendigkeit ab, die diskriminierenden gesetzlichen Bestimmungen gegen Belaruss\*innen und Russ\*innen in Litauen egalisieren. Da der litauische Seimas das Veto gegen die gesetzlichen Beschränkungen für Belaruss\*innen in Litauen überstimmt habe, werde dies dazu führen, dass die Wagner-Gruppe in das Land komme, so der Präsident.

Nausedas höchst unlogische Aussage über die Belarussinnen in Litauen (die im Allgemeinen den Repressionen des Lukaschenka-Regimes entkommen sind): "Da das Veto [gegen Belaruss\*innen in Litauen, die den Repressalien entkommen sind - Anm. d. Ü.] überstimmt wurde, besteht die Gefahr, dass Wagner-Söldner mit belarussischer Staatsbürgerschaft an den Grenzen Litauens auftauchen können". <sup>24</sup> (24) Der Zusammenhang zwischen den nach Litauen fliehenden Belaruss\*innen und einer möglichen belarussischen Staatsbürgerschaft der PMC-Wagner-Söldner ist für niemanden offensichtlich, außer für den Präsidenten Nauseda. In den litauischen Medien hat er versucht, seinen Gedankengang zu erklären: "Erinnern wir uns daran, dass der Präsident sein Veto gegen den Gesetzesentwurf eingelegt hat, der vorsieht, dass wir für diejenigen, die sowohl aus Russland als auch aus Belarus kommen *[auf der Flucht vor den Repressalien des russischen*

*und des belarussischen Regimes - Anm. d. Ü.J.*, eine ähnliche gesetzliche Regelung anwenden. Ich würde sagen, dass die regierende Mehrheit dieses Veto hämisch überstimmt hat; nun stehen sie ganz unten auf der Leiter".

## Empfehlungen

1. Wir brauchen einen humanitären Korridor nach Europa für belarussische Kriegsdienstverweigerer und müssen ihre Abschiebung und die Aufnahme in "Persona non grata"-Listen in Litauen stoppen und verhindern. Wir brauchen eine Lösung für die Frage ihres Status in der Europäischen Union / Litauen.
2. Die illegale Migration der belarussischen Kriegsdienstverweigerer weder zu ermutigen noch zu fördern, da dies zusätzliche Risiken für sie und auch für die europäische Sicherheit schaffen würde. Derzeit schickt die Europäische Union, vertreten durch Litauen, belarussische Kriegsdienstverweigerer nach Belarus zurück und verhängt ein fünfjähriges Einreiseverbot in die Europäische Union, wodurch sich ihre Situation weiter verschlechtert. Wir wissen immer noch nicht, wie viele belarussische Kriegsdienstverweigerer, die bereits deportiert wurden, derzeit in Belarus inhaftiert sind. Wir wissen jedoch, dass ein Teil der belarussischen Kriegsdienstverweigerer, denen die Einreise in die Europäische Union untersagt wurde und denen die Abschiebung droht, sich unfreiwillig auf dem Gebiet der Europäischen Union illegal aufhalten. In einer solchen Situation können sie aufgrund ihrer Verwundbarkeit und ihrer Angst vor Verhaftung und Abschiebung nach Belarus zur leichten Zielscheibe für Erpressungen durch den KGB werden.
3. Wir brauchen die Unterstützung des Sicherheitssystems für Menschenrechtsverteidiger\*innen und Friedensstifter\*innen, wie z.B. Unser Haus, um Unterstützung und Kontrolle für die belarussischen Kriegsdienstverweigerer zu organisieren. Deshalb schlagen wir vor, dass Unser Haus das Tutorenamt, oder die Aufsicht und Betreuung von belarussischen Kriegsdienstverweigerern übernimmt, mit ihnen arbeitet und so ihre Situation kennenlernt, sodass Unser Haus im Falle eines Versuchs der Infiltration durch Agenten sofort die zuständigen Behörden informieren kann.

## Mehr Informationen

1. Die Nominierungen des Internationalen Friedensbüros für den Friedensnobelpreis: <https://www.ipb.org/the-international-peace-bureauipb-has-announced-its-intention-to-nominate-three-remarkable-organizations-with-a-focus-on-the-right-to-conscientious-objection-for-the-2024-nobel-peace-prize/>

## Referenzen

1. "In Litauen leben bereits fast 100.000 Ukrainer und 50.000 Belarussen", Delfi (<https://www.delfi.lt>), 16. Januar 2023, <https://www.delfi.lt/ru/news/live/v-litve-prozhivayut-uzhe-pochti-100-000-ukraincev-i-50-000-belorusov-92284243>
2. Anastasia Luzgina, Vladislav Koreyvo, "Analyse der Migrationsströme aus Belarus nach Polen, Litauen und anderen Ländern der Europäischen Union im Zeitraum 2021-2022" (Seiten 5-8), Beroc Economic Research Centre (<https://beroc.org/en/>), 2023, <https://beroc.org/upload/medialibrary/39e/39e10070c02bd21e582e4858465018a4.pdf>
3. "Abgeordneter warnt: Zahlreiche Belarussen reisen durch Litauen, dies kann ausgenutzt werden" Delfi (<https://www.delfi.lt>), 9. August 2023, <https://www.delfi.lt/ru/news/politics/deputat-preduprezhdaet-cherez-litvu-peremeshchaetsya-bolshoe-kolichestvo-belorusov-etim-mozhno-vospolzovatsya-94160917>
4. "Wie viele Aufenthaltsgenehmigungen hat Litauen bereits an Belarussen im Jahr 2023 ausgestellt?", Charter-97 (<https://charter97.org>), 11. August 2023, <https://charter97.org/ru/news/2023/8/11/559282/>
5. "Litauen erklärt mehr als 1.000 Belarussen und Russen zu Risiken für die nationale Sicherheit", RadioFreeEurope Radio Liberty (<https://www.rferl.org>), 4. August 2023, <https://www.rferl.org/a/lithuania-belarusians-russians-national-security-risk/32534400.html>
6. Benas Gerdžiūnas, "'Ich fühle mich nicht mehr sicher.' Belarussen in Litauen - gestern noch Freunde, heute schon Feinde?", New Eastern Europe (<http://europe.eu>) 27. Juni 2023, <https://neweasterneurope.eu/2023/06/27/i-dont-feel-safe-anymore-belarusians-in-lithuania-yesterdays-friends-todays-foes/>
7. Thomas Valkauskas, "Fahrer aus Belarus und Russland erneuern seltener ihre Aufenthaltsgenehmigung in Litauen: Wie Ausländer kontrolliert werden und wie sich das auf das litauische Güterverkehrsgewerbe auswirkt", Russischer Dienst von Radio LRT, Litauischer

Nationaler Rundfunk und Fernsehen (LRT) Mediengruppe (<https://www.lrt.lt/>), 14. April 2023, <https://www.lrt.lt/ru/novosti/17/1962447/voditeli-am-iz-belarusi-i-rossii-v-litve-rezhe-prodlevaiut-vnzh-kak-proveriaiut-inostrantsev-i-kak-eto-vliiaet-na-litovskii-biznes-gruzoperevozok>

8. Jurga Bakayte, "Über dreihundert belarussische Staatsbürger erhielten keine Aufenthaltsgenehmigung in Litauen: Ist das "korrekte" Ausfüllen des neuen Formulars der Hauptgrund?", Litauischer Nationaler Rundfunk und Fernsehen (LRT) Mediengruppe (<https://www.lrt.lt/>), 19. Mai 2023, <https://www.lrt.lt/ru/novosti/17/1992969/bolee-triokhsot-grazhdan-belarusi-ne-poluchili-vnzh-v-litve-iavliaetsia-li-pravil-noe-zapolnenie-novoi-ankety-osnovnym-faktorom>

9. "Plötzlicher Entzug der Aufenthaltsgenehmigung für mehrere Wargaming-Mitarbeiter in Litauen. Details aufgedeckt", Auflage "Zerkalo" (<https://news.zerkalo.io/>), 20. Juli 2023, <https://news.zerkalo.io/life/44230.html>

10. "Aufenthaltsgenehmigungen in Litauen können nicht nur wegen des Vertragsdienstes in der Armee widerrufen werden: Neue Details", Dev.by (<https://devby.io>), 22. Juli 2023, <https://devby.io/news/vnzh-v-litve-mogut-lishit>

11. "Er war ein Wächter": Geschichten von Belarussen, die als gefährlich für Litauen gelten", Ausgabe Nasha Niva (<https://nashaniva.com>), 11 August 2023, <https://nashaniva.com/ru/323736>

12. "Im Flüchtlingslager wollte ich weder schlafen noch essen": Ehemaliger belarussischer Grenzschutzbeamter, der in Litauen als gefährlich eingestuft wurde, an Polen ausgeliefert", Auflage "Zerkalo" (<https://news.zerkalo.io/>), 2. August 2023, 2023, <https://news.zerkalo.io/life/45248.html>

13. Gesetz "Über die Änderung der Gesetzbücher über die strafrechtliche Verantwortung", Nationales juristisches Internetportal der Republik Belarus, 14. März 2023, <https://pravo.by/document/?guid=3961&p0=H12300256>



Am 14. März 2023 wurde das Gesetz "Über die Änderung der Strafgesetzbücher" auf dem nationalen juristischen Internetportal von Belarus veröffentlicht. Die Änderungen der Strafgesetze, die die Todesstrafe für Beamte und Militärangehörige, die des Staatsverrats überführt wurden, sowie die strafrechtliche Verantwortung für Terrorismuspropaganda und die Verunglimpfung der Armee vorsehen, werden am 25. März 2023 in Kraft treten. Das Hauptziel des Dokuments besteht darin, "die Bekämpfung extremistischer (terroristischer) und staatsfeindlicher Verbrechen zu verstärken". Die strafrechtliche Verantwortung für "Staatsverrat", der von einem Beamten begangen wurde, erstreckt sich auf alle Personen, die eine Regierungsposition innehaben. Darüber hinaus wird für "Staatsverrat", der von einem Amtsträger oder einem Militärangehörigen begangen wird, die Möglichkeit der Verhängung der Todesstrafe als Ausnahmestrafe eingeführt. Das Gesetz führt die strafrechtliche Verantwortung für "Propaganda für den Terrorismus, Verunglimpfung der Streitkräfte, anderer Truppen und militärischer Formationen, militarisierter Organisationen und Verletzung der Vorschriften zum Schutz von Staatsgeheimnissen" ein. Die Dauer der Festnahme für Personen, die des Staatsverrats, der Verschwörung oder anderer Handlungen zur Ergreifung der Staatsgewalt, der Spionage und klandestiner Aktivitäten verdächtigt werden, wird von drei auf zehn Tage erhöht.

14. "Litauen startet eine Kampagne zur Vorbereitung der Gesellschaft auf Krieg und Krisen", Litauischer Nationaler Rundfunk und Fernsehen (LRT) Mediengruppe (<https://www.lrt.lt/>), 10. Januar 2023, <https://www.lrt.lt/en/news-in-english/19/1863164/lithuania-launches-campaign-to-prep-society-for-war-crises>

15. "Minister appelliert an Präsident, Eistanzer Drobiazko die litauische Staatsbürgerschaft abzuerkennen", Litauischer Nationaler Rundfunk und Fernsehen (LRT) Mediengruppe (<https://www.lrt.lt/>), 28. Juli 2023, <https://www.lrt.lt/en/news-in-english/19/2045571/minister-appeals-to-president-to-strip-ice-dancer-drobiazko-of-lithuanian-citizenship>

16. "Litauisches Parlament will Eistanzerin Drobiazko wegen Auftreten in Russland die Staatsbürgerschaft entziehen", Litauischer Nationaler Rundfunk und Fernsehen (LRT) Mediengruppe (<https://www.lrt.lt/>), 21. Juni 2023, <https://www.lrt.lt/en/news-in->

[english/19/2017908/lithuanian-parliament-moves-to-strip-ice-dancer-drobiazko-of-citizenship-over-performing-in-russia](https://www.lrt.lt/en/19/2017908/lithuanian-parliament-moves-to-strip-ice-dancer-drobiazko-of-citizenship-over-performing-in-russia)

17. Benas Gerdžiūnas, "Ich fühle mich nicht mehr sicher": Belarussen in Litauen - Freunde von gestern, Feinde von heute?", Litauischer Nationaler Rundfunk und Fernsehen (LRT) Mediengruppe (<https://www.lrt.lt/>), 2. Mai 2023, <https://www.lrt.lt/ru/novosti/17/1975226/ia-bol-she-ne-chuvstvuiu-sebia-v-bezopasnosti-belorusy-v-litve-vcherashnie-druz-ia-segodniashnie-vragi>

18. "Litauens Präsidentin legt Veto gegen Sanktionsgesetz gegen Russen und Belarussen ein: Vorschlag zur Angleichung der Beschränkungen und Vereinfachung des Visumsentzugs", Ausgabe "Current Time" (<https://www.currenttime.tv/>), 14. April 2023, <https://www.currenttime.tv/a/nauseda-veto/32364008.html>

19. "Der litauische Seimas beschließt, keine Beschränkungen der litauischen Staatsbürgerschaft für russische und belarussische Staatsangehörige anzuwenden", ZENTRUM FÜR MIGRATIONSRECHT (<http://www.migration.lt/>), 4. April 2023, <https://www.migration.lt/the-seimas-of-lithuania-to-decide-not-to-apply-restrictions-on-lithuanian-citizenship-to-russian-and-belarusian-nationals>

20. "Seimas überstimmt Veto des Präsidenten - Sanktionen für Russen und Belarussen in Litauen werden unterschiedlich ausfallen", Litauischer Nationaler Rundfunk und Fernsehen (LRT) Mediengruppe (<https://www.lrt.lt/>), 21. April 2023, <https://www.lrt.lt/ru/novosti/17/1967144/seim-preodolel-veto-prezidenta-sanktsii-dlia-rossiian-i-belorusov-v-litve-budut-otlichat-sia>

21. "Nauseda erwägt die Möglichkeit, einheitliche Sanktionen für Russen und Belarussen vorzuschlagen", Litauischer Nationaler Rundfunk und Fernsehen (LRT) Mediengruppe (<https://www.lrt.lt/>), 6. April 2023, <https://www.lrt.lt/ru/novosti/17/1957694/nauseda-rassmatrivaet-vozmozhnost-predlozhit-unifitsirovat-sanktsii-dlia-rossiian-i-belorusov>

22. "Im Fokus des Staatlichen Verteidigungsrates: Unruhen in Russland und die Lage in Belarus", Präsident der Republik Litauen (<https://www.lrp.lt/lt>), 25. Juni 2023, <https://www.lrp.lt/ru/press-centr/novosti/v-centre-vnimaniya-gosudarstvennogo-soveta-oborony-besporjadki-v-rossii-i-situacija-v-belarusi/40688>

23. "Nauseda ruft dazu auf, den Vorschlag individueller zusätzlicher Kontrollen sowohl für Russen als auch für Belarussen zu überdenken", Auflage "Zerkalo" (<https://news.zerkalo.io/>), 26. Juni 2023, <https://news.zerkalo.io/economics/42305.html?c>

24. "Litauischer Präsident erinnert an den Wunsch nach Angleichung der Beschränkungen für Russen und Belarussen", Delfi (<https://www.delfi.lt>), 4. Juli 2023, <https://www.delfi.lt/ru/news/politics/prezident-litvy-napomnil-o-stremlenii-uravnyat-ogranicheniya-v-otnoshenii-rossiyan-i-belorusov-93838619>